

OTTERSTADT

„Wohl der Bürger blieb außen vor“

Zum Artikel „Erdöl-Vereinbarung bleibt bestehen“ in der Ausgabe vom 22. Juni:

Als Zeugin der Ortsgemeinderatssitzung und Bürgerin von Otterstadt kann ich nur staunen. Bei dieser Sitzung ging es nicht um die Sache an sich, sondern vielmehr um parteipolitische Querelen, wenn nicht sogar um persönliche Kleinkriege.

Das Wohl der Bürger blieb bei den Gegnern der Aufkündigung außen vor. Ortsbürgermeister Zimmermann und der Großteil der CDU führten einen einsamen Kampf um die historische Chance, gegenüber der Landesregierung endlich klar Position gegen eine ortsnahe Erdölförderung in Otterstadt zu beziehen.

Wie eine Kooperation zu verstehen sein muss, sagt ja bereits das Wort. Partner, die ko-operieren, ziehen üblicherweise an einem Strang und verfolgen ein Ziel – genau das will der Ortsgemeinderat laut Abstimmung weiter tun. Wie das mit der nach außen dokumentierten Ablehnung der Erdölförderung zusammen passt, bleibt das Geheimnis der Gegner der Aufkündigung.

Ergänzende Aussagen wie „Nicht das Land entscheidet, sondern das Landesamt für Bergbau und Geologie (LGB)“, die von Verbandsbürgermeister Reiland getroffen wurden, dienen dazu, die Räte noch weiter zu verunsichern. Dass das LGB entscheidet, ist klar, aber sicher wird das nicht gegensätzlich zur Position des Landes geschehen. Die für den Ortsgemeinderat wie auch für die Verbandsgemeinde (und eigentlich auch für das Land) zentrale Frage sollte doch sein: Was wollen die Bürger von Otterstadt, die im Zweifelsfall unter den Folgen einer Erdölförderung zu leiden haben? Die möglichen Folgen sind unter anderem in der Informationsbroschüre „Gerne und gesund leben in Otterstadt“ nachzulesen, die zumindest alle Fraktionen des Ortsgemeinderats mit ihrem Logo unterstützt haben. Es bleibt zu hoffen, dass sich auch weiterhin jemand im Ortsgemeinderat

Spielte zum Auftakt von „Palatia Jazz“ in der Speyerer Gedächtniskirche: US-G

ernsthaft diese Frage nach dem Wohl der Bürger stellt.

Erika Hettich, Otterstadt

„Nicht mehr vermittelbar“

Die gute Nachricht nach der turbulenten Ortsgemeinderatssitzung lautet: Offenbar sind sich alle Fraktionen des Otterstadter Gemeinderates unverändert einig, dass man das Erdöl-Projekt in Otterstadt nicht haben will. Das passt zur Sicht der Einwohner und auch dazu, dass alle vorgenannten Parteien sich vor kurzem in einer Broschüre eindeutig gegen die Erdölbohrung positioniert haben. Dementsprechend war der Antrag von Ortsbürgermeister Bernd Zimmermann das völlig richtige und konsequente Signal, die 2016 von der Gemeinde mit dem Ölförderkonsortium geschlossene Vereinbarung zu kündigen.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr irritierend und dem Bürger nicht mehr vermittelbar, dass der bestehende Vertrag über die Zusammenarbeit mit dem Konsortium – inklusive der Verpflichtung der Gemeinde, den weiteren Ausbau der Erdölaktivitäten zu fördern – nun doch nicht gekündigt werden soll. Erstaunlich auch die bei der Ratssitzung getätigte Aussage der durch Otto Reiland vertretenen Verbandsgemeindeverwaltung, wonach die Gründe, die zur Kündigung führen sollten, bei der Verwaltung

nicht bekannt seien. So hatte doch Herr Reiland nachweislich per E-Mail die Informationen über Verstöße des Konsortiums gegen die Vereinbarung bereits im letzten September erhalten und dazu sogar Gespräche geführt. Woher kommt diese selektive Wahrnehmung? Natürlich steht es einem Verbandsgemeindebürgermeister frei, sich gegen den Willen der Bürger zu stellen und die Erdölförderung zu unterstützen. Dann wäre es aber nur fair, dies auch offen und ehrlich zu kommunizieren. Geheimdiplomatie und einseitig verzerrte Aussagen zugunsten des Projektes tragen dagegen nicht zur Klarheit bei.

Bei dem Thema Ölbohrung in Otterstadt geht es um eine sehr langfristige Entscheidung für den Ort. Bleibt zu hoffen, dass die kommunalpolitischen Repräsentanten diesen für die Einwohner entscheidenden Sachverhalt nicht aus dem Auge verlieren und den Mut aufbringen, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen.

Udo Rheude, Otterstadt